

**Geschäftsstelle**

Friedrich-Ebert-Straße 46  
46535 Dinslaken

Telefon 02064 / 77 57 373

Telefax 02064 / 77 57 374

[linksfraktion@die-linke-dinslaken.de](mailto:linksfraktion@die-linke-dinslaken.de)

[www.linksfraktion-dinslaken.de](http://www.linksfraktion-dinslaken.de)

Niederrheinische Sparkasse RheinLippe

IBAN: DE30 3565 0000 0670 9225 41

BIC: WELADED1WES

Dinslaken, 14. Februar 2018

## Antrag einer Machbarkeitsstudie eines innerörtlichen ÖPNV

Sehr geehrter Herr Dr. Heidinger,

die Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Dinslaken beantragt, der Rat möge beschließen, dass die Verwaltung eine Machbarkeitsstudie erstellt, die eine Trennung des regionalen ÖPNV innerhalb der Stadt Dinslaken zum überregionalen ermöglicht. Des Weiteren soll geprüft werden, ob der regionale ÖPNV von der Stadt Dinslaken durch eine ihrer Töchter, z. B. Stadtwerke oder eine neu zu gründende Gesellschaft durchgeführt werden kann, wie es in vielen anderen Kommunen auch der Fall ist.

### Begründung

#### **Mobilität gehört zur Daseinsfürsorge**

Der ÖPNV in unserer Stadt ist unbefriedigend. Mangelhafte Taktung ohne Berücksichtigung des weiterführenden Personentransfers durch die Bahn und teure Fahrpreise steigern die Unattraktivität, was zu sinkenden Fahrgastzahlen führt. Die NIAG reagiert hierauf mit Streckenkürzungen und Silllegungen. Diese Abwärtsspirale führt langfristig zu einer weitgehenden Abschaffung des ÖPNV.

Dass Pendler, die mit der Bahn reisen, trotzdem nicht den Bus nutzen, sondern mit dem PKW oder dem Fahrrad zum Bahnhof fahren, sollte zum Nachdenken anregen. Dies kann nur bedeuten, dass die Busse zu den falschen Zeiten am Bahnhof ankommen.

Aus gewinnorientierten Gründen mag dies sinnvoll sein, geht jedoch am Bedarf der Kunden vorbei. Diese Vorgehensweise führt dazu, dass tatsächlich nur noch die Menschen, die

vollständig auf den ÖPNV angewiesen sind, diesen auch nutzen. Nicht weil sie es wollen, weil sie es müssen.

Wichtig ist die Eigentums- und Unternehmensform eines Verkehrsbetriebes, wer also den Kurs bestimmt und welche (direkt-) demokratische Einflussnahme es gibt.

Die Ziele sollten jedenfalls keine privatwirtschaftlichen-kommerziellen sein. Denn von einer „Wirtschaftlichkeit“, die sich nur in den Gewinnen eines privaten Unternehmens äußert, haben die Menschen und die Kommune auch nichts. Zielstellung der Verkehrsbetriebe muss die Verbesserung der Mobilität und der Lebensqualität sein.

## **1. Vorschläge und Möglichkeiten für den Betrieb eines innerstädtischen Personennahverkehrs**

- 1.1 Voranmeldungen für Fahrten zu und von Veranstaltungen über Internet, App oder Telefon
- 1.2 Sternförmige, direkte Anfahrten von allen Stadtteilen aus, zum und vom Bahnhof unter Berücksichtigung der Zugabfahrten für Pendler, sowohl am Morgen als auch am Nachmittag.
- 1.3 ergänzt durch wahlweise Schleifen unter Berücksichtigung der Belange der Bürger.
- 1.4 Haltestellen mit Abständen von 300 bis max. 500 m mit Anforderungsmeldungen. Liegt eine Anforderung vor hält der Bus, wenn nicht fährt er durch.
- 1.5 Sonderfahrten bei Veranstaltungen (DIN-Tage; Martini-Kirmes, Veranstaltungen in der Katrin-Türks-Halle) und nach Bedarf
- 1.6 Ausstieg an beliebigen Stellen, nicht Haltestellen gebunden, vor allem nach Einbruch der Dunkelheit.
- 1.7 Einkaufen ohne Auto.  
Wenn ein attraktives Mobilitätsangebot über den ÖPNV vorliegt, werden die Menschen in die Innenstadt fahren können, sich im Fachgeschäft beraten lassen und dort bestellen. Den Transport der Waren übernimmt der Händler, wenn der Kunde dies wünscht. Die Kosten für diese Transporte sollte durch einen Zusammenschluss interessierter Händler, die entweder einen eigenen Fahrdienst gründen oder eine externe Firma beauftragen, getragen werden. Ein ergänzendes Modell zum Einkauf via Internet.

2. Durch all diese Maßnahmen würde ein großer Teil des innerstädtischen KFZ-Verkehrs überflüssig, welches zu den im Folgenden genannten Vorteilen führt.
  - 2.1 Die Subventionen, die zum Schülerverkehr geleistet werden, gehen nicht an private Betreiber, sondern verbleiben in der Stadt.
  - 2.2 Der Individualverkehr ist nicht umsonst zu haben. Straßen, Parkplätze, Verkehrseinrichtungen wie Ampeln, Kreisverkehre etc. sind nicht kostenlos. Die innerstädtischen Straßen werden wesentlich entlastet, die Kosten für die Straßenunterhaltung würden sich verringern.
  - 2.3 Die Luftverschmutzung verringert sich erheblich. Die Gesundheit unserer Bürger muss Vorrang haben.
  - 2.4 Die Straßen wären weniger belegt. Staus und Wartezeiten würden sich verringern.
  - 2.5 Die neu anzuschaffenden Busse sollen gleich mit E- Antrieb ausgestattet sein.

Mit freundlichen Grüßen



Gerd Baßfeld  
Fraktionsvorsitzender